

Reinhard Bispinck (Hrsg.)

Verteilungskämpfe und Modernisierung

Aktuelle Entwicklungen
in der Tarifpolitik



Reinhard Bispinck (Hrsg.)
Verteilungskämpfe und Modernisierung

Reinhard Bahnmüller ist Geschäftsführer des Forschungsinstituts für Arbeit, Technik und Kultur (F.A.T.K.) und Lehrbeauftragter am Institut für Soziologie der Universität Tübingen.

Reinhard Bispinck ist Leiter des Tarifarchivs des WSI in der Hans-Böckler-Stiftung.

Oliver Burkhard ist IG Metall-Bezirksleiter in Nordrhein-Westfalen.

Reinhard Dombre ist Leiter der Abteilung Tarifpolitik beim DGB-Bundesvorstand.

Hubert Dünneheimer ist Bezirkssekretär der IG Metall Baden-Württemberg.

Gottlieb Förster ist Leiter der Abteilung Tarifpolitik in der IG Bergbau, Chemie, Energie.

Andreas Harnack ist Leiter der Abteilung Bauhauptgewerbe beim Bundesvorstand der IG Bau-Agrar-Umwelt.

Achim Meerkamp ist Leiter des Bundesfachbereichs Bund und Länder und Mitglied des ver.di-Bundesvorstands.

Werner Schmidt ist wissenschaftlicher Angestellter am F.A.T.K. und Lehrbeauftragter an der Fachhochschule Aalen und am Institut für Soziologie der Universität Tübingen.

Karin Tondorf ist Soziologin, sie forscht und berät zu den Arbeitsschwerpunkten Modernisierung von Entgeltsystemen, Gender Mainstreaming und Verwaltungsreform/Zielvereinbarungen.

Jörg Wiedemuth ist Leiter der tarifpolitischen Grundsatzabteilung beim ver.di-Bundesvorstand.

Reinhard Bispinck (Hrsg.)

Verteilungskämpfe und Modernisierung

Aktuelle Entwicklungen in der Tarifpolitik

VSA-Verlag Hamburg

Gefördert durch die Hans-Böckler-Stiftung.

Die Beiträge dieses Bandes gehen zurück auf die WSI-Tariftagung am 26. und 27. September 2007 in Düsseldorf.

www.vsa-verlag.de

www.wsi.de

© VSA-Verlag 2008, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg

Alle Rechte vorbehalten

Titelfoto: Beschäftigte des Klinikums Rostock im Warnstreik während der Tarifrunde im öffentlichen Dienst, Februar 2008 (Foto: Bernd Wüstneck/lmv)

Druck und Buchbindearbeiten: Idee, Satz & Druck

ISBN 978-3-89965-298-7

Inhalt

Reinhard Bispinck

Vorwort	7
----------------------	---

Tarifpolitik 2007/2008

Reinhard Bispinck

Tarifpolitik und Tarifkonflikte 2007/2008	11
--	----

Oliver Burkhard

Tarifrunde Metall- und Elektroindustrie 2007 – eine Bilanz	26
---	----

Gottlieb Förster

Tarifrunde 2007 in der chemischen Industrie	36
--	----

Jörg Wiedemuth

Verteidigungskämpfe und die Nachwehen moderater Lohnpolitik	41
--	----

Die Tarfbewegungen 2007/2008 bei ver.di

Andreas Harnack

Tarifrunde 2007 im Bauhauptgewerbe: Arbeitskampf um Lohnerhöhung und Flächentarifvertrag	53
---	----

Modernisierung und Umbau von Tarifstrukturen

Oliver Burkhard

ERA-Einführung in der Metall- und Elektroindustrie	69
---	----

Reinhard Bahn Müller/Werner Schmidt

Der ERA und seine Umsetzung	78
--	----

Erfahrungen aus Baden-Württemberg

Achim Meerkamp
Neue Gestaltung des Tarifrechts im öffentlichen Dienst 109

Karin Tondorf
Neue Entgeltordnung und Leistungsentgelt 123

Sicherung oder Schwächung von Tarifstandards?

Hubert Dünnemeier
Dienstleistungstarifverträge – ein Instrument zur Verhinderung von Outsourcing und Tariffucht 139
Erfahrungen aus der Metallindustrie

Gottlieb Förster
Stabilisierung des Flächentarifvertrags durch Flexibilisierung 151
Tarifpolitische Konzepte und Erfahrungen der IG BCE

Jörg Wiedemuth/Reinhard Dombre
Regulierung der Zeitarbeit durch Tarifpolitik 159
Eine Zwischenbilanz

Reinhard Bispinck

Vorwort

Die Gewerkschaften stehen im Tarifjahr 2008 vor harten Verteilungskämpfen. Zwar haben die anziehende Konjunktur und die Belebung auf dem Arbeitsmarkt im vergangenen Jahr eine Wende zum Positiven gebracht. In den exportorientierten Branchen konnten Tarifabschlüsse oberhalb der Preissteigerungsrate durchgesetzt und damit die Realeinkommen angehoben werden. Doch die von einem in vielen Bereichen weiterhin stagnierenden Binnenmarkt abhängigen Wirtschaftszweige sind von der Tarifentwicklung abgekoppelt. Das Ergebnis ist eine gesplante Tarifentwicklung, mit der es erneut nicht gelang, den gesamtwirtschaftlichen Verteilungsspielraum auszuschöpfen.

Über den klassischen Lohnkonflikt hinaus sind die Gewerkschaften tarifpolitisch mit strukturellen Problemen konfrontiert. Unter großen Anstrengungen bemühen sie sich um die Modernisierung der Tarifstrukturen. Dabei zeigen die Beispiele des Entgelttrahmentarifvertrages (ERA) in der Metall- und Elektroindustrie und des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst (TVöD), dass die praktische Umsetzung in den Betrieben vielfältige Probleme und Konflikte aufwirft. Die Konkurrenz eigenständiger Sparten-gewerkschaften wirft zudem die Frage nach Reichweite, Regulierungskraft und Verbindlichkeit des Flächentarifvertrages auf. Die Tarifstandards stehen nach wie vor in vielen Branchen und Betrieben unter Druck. Die tarifpolitischen Reaktionen auf Outsourcing und Verlagerungsdrohungen fallen unterschiedlich aus. Sie reichen von der »kontrollierten Öffnung« der Tarifverträge bis zu speziellen Dienstleistungstarifverträgen.

Ein weiteres tarifpolitisches Konfliktfeld ist die Zeitarbeit: Trotz verschiedener Tarifverträge mit Zeitarbeitsverbänden ist eine zufriedenstellende Regulierung der Arbeits- und Einkommensbedingungen in diesem Bereich bislang nicht gelungen. Welche betrieblichen und (tarif-)politischen Handlungsmöglichkeiten bestehen?

Diese Themen waren Gegenstand der WSI-Tariftagung 2007, in der deutlich wurde, dass breite Mobilisierungs- und Streikbereitschaft offensive Strategien trotz einer weiterhin defensiven Grundkonstellation erlauben. Dieser Band enthält die überarbeiteten Beiträge, die von WissenschaftlerInnen und Tarifexperten der Gewerkschaften dort vorgelegt und zur Diskussion gestellt wurden.

Tarifpolitik 2007/2008

Reinhard Bispinck

Tarifpolitik und Tarifkonflikte 2007/2008

Eine konfliktreiche Tarifrunde 2008 hat begonnen. In großen Branchen und Tarifbereichen wird über Lohnerhöhungen verhandelt: Im öffentlichen Dienst fordern die Gewerkschaften 8% mehr Entgelt, mindestens 200 Euro, in der Stahlindustrie will die IG Metall ebenfalls 8% durchsetzen, und für die Beschäftigten in der chemischen Industrie verlangt die IG BCE 7% mehr.

Warnstreiks und Arbeitsniederlegungen signalisieren, dass die Gewerkschaften bereit sind, ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Umgekehrt haben die Arbeitgeber, insbesondere im öffentlichen Dienst, harten Widerstand angekündigt und ihrerseits Gegenforderungen präsentiert. Die Erwartungen der Beschäftigten sind angesichts der seit Jahren positiven Gewinnentwicklung bei gleichzeitig sehr moderaten Lohnsteigerungen sehr groß.

Der folgende Beitrag zieht eine tarifpolitische Bilanz des Jahres 2007 und skizziert die Rahmenbedingungen der aktuellen Tarifrunde.

2007: Eine Bilanz im Überblick

Das herausragende Ereignis des Tarifjahres 2007 war zweifellos der Konflikt bei der Deutschen Bahn. Die Auseinandersetzung bei den Lokführern hat das Problem der Gewerkschaftskonkurrenz ins Rampenlicht gerückt und für die großen DGB-Gewerkschaften die Frage aufgeworfen, wie eine differenzierte und zugleich solidarische Lohnpolitik aussehen kann und muss.

Insgesamt haben die Konflikte in der Tarifpolitik im vergangenen Jahr an Schärfe zugenommen. Warnstreiks und Arbeitskämpfe in verschiedenen Wirtschaftszweigen signalisieren, dass der Erhalt von Tarifstandards wie auch die Durchsetzung angemessener Lohnerhöhungen allein am Verhandlungstisch nicht zu erreichen waren. Heftige politische Kontroversen, aber nur begrenzten Fortschritt in der Sache gab es bei der Regulierung des Niedriglohnssektors. Ein einheitlicher gesetzlicher Mindestlohn ist in der Großen Koalition nach wie vor nicht konsensfähig.

Die ökonomischen Rahmenbedingungen der Tarifrunde 2007 entwickelten sich positiv. Die konjunkturelle Entwicklung fiel mit einem realen Wachstum des Bruttoinlandsproduktes von 2,5% relativ kräftig aus. Die wirtschaftliche Expansion wurde maßgeblich vom starken Export und der Investitionstätigkeit getragen, die reale private Konsumnachfrage fiel demgegenüber aufgrund verschiedener Faktoren (Mehrwertsteueranhebung, steigende Lebenshaltungskosten) erneut negativ aus. Damit setzte sich die gespaltene Konjunktorentwicklung der vergangenen Jahre fort. Gleichwohl belebte sich auch der Arbeitsmarkt relativ stark.

Die Zahl der registrierten Arbeitslosen ging im Jahresdurchschnitt um rund 700.000 zurück. Die Arbeitslosenquote sank von 10,8% auf 9,0%. Die Zahl der abhängig Erwerbstätigen stieg im Jahresschnitt um 500.000 Personen.

Die Unternehmens- und Vermögenseinkommen entwickelten sich auch im Jahr 2007 mit einem Plus von 7,2% günstig, nachdem sie bereits in den drei Jahren zuvor um 7,2%, 5,9% und 13,4% gestiegen waren. Insbesondere die exportorientierten Industriebranchen, aber auch einzelne Dienstleistungssektoren verzeichneten einen weiteren kräftigen Gewinnanstieg. Angesichts dieser Rahmenbedingungen gab es aus den politischen Parteien bis in die CDU/CSU hinein Unterstützung für »spürbare« Lohnerhöhungen.

Forderungen und Abschlüsse

Die Lohn- und Gehaltsforderungen der Gewerkschaften für die Tarifrunde 2007 fielen höher aus als im Vorjahr. Die IG Metall forderte für ihre Hauptbranche, die Metall- und Elektroindustrie, ein Tarifplus von 6,5% – im Jahr 2006 waren es noch 5% gewesen. Noch darüber hinaus ging die Gewerkschaft Transnet mit einer Tarifforderung von 7% für die Beschäftigten der Deutschen Bahn AG. In der Holz- und Kunststoffindustrie und im Druckgewerbe forderten die Gewerkschaften 6,5%. In anderen Branchen blieben die Tarifforderungen mit 4,5 bis 5,5% zum Teil deutlich darunter. Dies belegt einmal mehr, dass die Gewerkschaften sehr wohl auch Branchen- und Konjunkturunterschiede in ihren tarifpolitischen Konzepten berücksichtigen. Die IG BCE verzichtete – wie schon in früheren Jahren – auf eine Bezifferung ihrer Forderung (Übersicht 1).

Übersicht 1: Tarifforderungen in der Tarifrunde 2007

Bauhauptgewerbe	5,5%
Chemische Industrie	nicht beziffert
Deutsche Bahn AG	7,0%, mind. 150 Euro/Mon.
Druckindustrie	6,5%
Einzelhandel (regional unterschiedlich)	4,5-6,5%, 1500 Euro Mindesteinkommen
Holz und Kunststoff verarbeitende Industrie	6,5%
Kfz-Gewerbe Nordrhein-Westfalen	5,0%
Metallindustrie	6,5%
Nahrung-Genuss-Gaststätten	4,0-5,5%
Textilindustrie Ost	5,0%
Versicherungen (Innendienst)	6,5%

Quelle: WSI-Tarifarchiv

Die Tarifabschlüsse des vergangenen Jahres zeichnen ein widersprüchliches Bild: In der chemischen Industrie und in der Metall- und Elektroindustrie konnten die Gewerkschaften an die positive Entwicklung des Vorjahres anknüpfen und Tarifabschlüsse durchsetzen, die den gesamtwirtschaftlichen Verteilungsspielraum weitgehend ausschöpften. Dies schlug sich positiv auch in anderen Tarifabschlüssen nieder. Eine Tarifwende auf breiter Front war allerdings noch nicht zu beobachten. In manchen Branchen blieben die Abschlüsse eher moderat, im Einzelhandel blieben die monatelangen Verhandlungen bis zum Jahresende 2007 ohne Ergebnis (vgl. Bispinck/WSI-Tarifarchiv 2007).

Der erste große Abschluss kam Anfang März 2007 in der *chemischen Industrie* zustande (Übersicht 2). Nach einer Pauschalzahlung von 70 Euro folgt eine Tarifierhebung um 3,6% sowie eine zusätzliche Einmalzahlung von 0,7% eines Monatsentgelts jeweils für 13 Monate. Rund zwei Monate später, Anfang Mai, folgte der die Tarifrunde prägende Pilotabschluss in der baden-württembergischen *Metallindustrie*. Er sah eine Pauschalzahlung von insgesamt 400 Euro für die beiden ersten Monate (April und Mai) sowie eine Tarifierhöhung von 4,1% ab dem 1. Juni 2007 vor. Ein Jahr später folgt eine Stufenerhöhung von 1,7% mit einer Laufzeit bis Ende Oktober 2008. Zusätzlich gibt es für Juni bis Oktober 2008 eine Einmalzahlung von jeweils 0,7%. In beiden Branchen wurden Öffnungsklauseln für die betriebliche Variabilisierung einzelner Vergütungsbestandteile vereinbart (vgl. Ehlscheid/Urban 2007 sowie die Beiträge von Burkhard und Förster in diesem Band).

Konfliktreich verlief die Tarifrunde im *Bauhauptgewerbe*. Eine erste Einigung wurde von den ostdeutschen Verbänden nicht akzeptiert. Das

Übersicht 2: Ausgewählte Lohn- und Gehaltsabschlüsse West und Ost für 2007

Abschluss	Tarfbereich	Ergebnis
8.3.2007	Chemische Industrie	70 Euro Pauschale für den jew. 1. Monat 3,6% regional unterschiedlich ab 2/3/4/2007 für 13 Monate, zusätzliche Einmalzahlung von 0,7% eines ME, multipliziert mit 13, zahlbar spätestens am 30.6.07
3.4.2007	Kfz-Gewerbe Nordrhein-Westfalen	50 Euro Pauschale für März 2,5% ab 1.4.07, Laufzeit bis 29.2.08
4.5.2007	Metallindustrie (Pilotabschluss) Baden-Württemberg	400 Euro Pauschale insg. für April und Mai 4,1% ab 1.6.07; 1,7% Stufenerhöhung ab 1.6.08; zusätzliche Einmalzahlung von 0,7% eines ME (unter Berücksichtigung des U-Geldes) für Juni-Oktober 2008, zahlbar im August 2008, Laufzeit bis 31.10.08
19.5.2007 (Schlichtungs- ergebnis) 8/2007 endgültige Annahme	Bauhauptgewerbe	nach 2 Nullmonaten (April und Mai) 3,1% ab 1.6.07; 1,5% Stufenerhöhung ab 1.4.08; 1,6% Stufenerhöhung ab 1.9.08 zusätzlich 0,4/0,5% eines ME ab 1.6.07/1.4.08 als mtl. Festbetrag, Laufzeit bis 31.3.09
6.6.2007	Druckindustrie	nach 3 Nullmonaten (April-Juni) 3,0% ab 1.7.07; 2,1% Stufenerhöhung ab 1.7.08, Laufzeit bis 31.3.09
20.6.2007	Groß- und Außenhandel Bayern	nach 3 Nullmonaten (April-Juni) 2,4% + 15,50 Euro mtl. ab 1.7.07 2,0% Stufenerhöhung + 7,50 Euro mtl. ab 1.6.08, Laufzeit bis 31.3.09
20.6.2007	Deutsche Telekom AG	im Rahmen des Tarifkompromisses für den Bereich T-Service: unveränderte Verlängerung der Vergütungstarifverträge der Deutschen Telekom vom 1.8.07 bis zum 31.12.08
9.7.2007	Deutsche Bahn AG	600 Euro Pauschale insg. für Juli-Dezember 4,5% ab 1.1.08, Laufzeit bis 31.1.09
24.11.2007	Versicherungsgewerbe	300 Euro Pauschale insg. für September-Dezember 3,0% ab 1.1.08 1,6% Stufenerhöhung ab 1.1.09 zusätzlich 3,6% eines ME als Einmalzahlung im Juli 2008, Laufzeit bis 30.9.09

Ergebnis der anschließenden Schlichtung wurde von den regionalen Arbeitgeberverbänden des Baugewerbes in Niedersachsen und Schleswig-Holstein gekippt, sodass die IG BAU nach einer erfolgreichen Urabstimmung in diesen Bereichen zum Arbeitskampf aufrief. Nach rund zweiwöchigem Streik einigten sich die Tarifparteien Anfang Juli vorläufig auf ein modifiziertes Schlichtungsergebnis, doch erst im August konnte nach weiteren Verhandlungen eine endgültige Lösung gefunden werden (vgl. den Beitrag von Harnack in diesem Band).

Bei der *Deutschen Telekom AG* musste ver.di deutliche Verschlechterungen bei den Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten in dem neu gegründeten Bereich T-Service akzeptieren: Die Tarifvergütungen werden stufenweise um 6,5% gesenkt und die Arbeitszeit zugleich von 34 auf 38 Stunden/Woche erhöht. Allerdings erreichte die Gewerkschaft nach langem Arbeitskampf weitreichende finanzielle Absicherungen, sodass die monatlichen Vergütungen der Beschäftigten, die zu den T-Service-Gesellschaften wechseln, zunächst gleich bleiben. Außerdem wurden ein befristeter Kündigungsschutz bis einschließlich 2012 sowie ein Ausgründungsverzicht bis Ende 2010 vereinbart und zahlreiche tarifvertragliche Regelungen der Deutschen Telekom übernommen. Für die (verbleibenden) Beschäftigten der Deutschen Telekom werden die Vergütungstarifverträge, die Ende Juli dieses Jahres ausgelaufen wären, bis Ende 2008 unverändert verlängert (vgl. Schröder 2007 und den Beitrag von Wiedemuth in diesem Band).

Lohn- und Gehaltsentwicklung

Im Jahr 2007 wurden nur für einen Teil der Beschäftigten neue Lohn- und Gehaltstarifverträge abgeschlossen, weil wegen der länger laufenden Vergütungsabkommen aus dem Jahr 2006 und früher eine ganze Reihe von Wirtschaftszweigen nicht an der Tarifrunde teilnahm.

Die DGB-Gewerkschaften schlossen 2007 in ganz Deutschland *Lohn- und Gehaltstarifverträge* für 9,1 Mio. Beschäftigte ab, davon für 8,0 Mio. in den alten und 1,1 Mio. in den neuen Bundesländern.

Abschlussrate und Laufzeit

Die tarifliche *Abschlussrate* belief sich gesamtwirtschaftlich im Durchschnitt auf 5,2%. Die Abschlussrate schließt *alle*, ggf. auch 2008 und später in Kraft tretenden *tabellenwirksamen* Erhöhungen ein. Berücksichtigt man lediglich die *im Jahr 2007* abgeschlossenen und auch in Kraft getretenen Tarifierhöhungen, ergibt sich für West- und Ostdeutschland eine Abschlussrate von 3,5%. Differenziert man diese Größe nach Wirtschaftsbereichen, dann ergibt sich für 2007 eine Streuung zwischen 1,7% und 3,9%.

Der seit einigen Jahren zu beobachtende Trend zu längeren Laufzeiten hat sich im vergangenen Jahr fortgesetzt. Die *Laufzeit* der Vergütungstarifverträge im Jahr 2007 beträgt durchschnittlich 22,2 Monate.

Jahresbezogene Tarifsteigerung

Diese *kalenderjährliche Steigerung* der Tarifverdienste 2007 gegenüber 2006 betrug für ganz Deutschland 2,2% (Tabelle 1). Die jahresbezogene Tarifsteigerung setzt die durchschnittliche tarifliche Grundvergütung des gesamten Jahres 2007 zum Vorjahr in Bezug. Sie berücksichtigt auch länger laufende Abschlüsse aus den Vorjahren sowie zusätzliche Einmalzahlungen und Pauschalzahlungen. Am höchsten fiel die jahresbezogene

Tabelle 1: Tarifsteigerung 2007¹

Wirtschaftsbereich	%
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	1,7
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	2,0
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	2,6
Investitionsgütergewerbe	3,4
Verbrauchsgütergewerbe	2,5
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	2,2
Baugewerbe	2,0
Handel	2,0
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	2,2
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	1,8
Priv. Dienstleistungen, Organ. ohne Erwerbszweck	1,4
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	0,6
Gesamte Wirtschaft	2,2

¹ Jahresbezogene Erhöhung der tariflichen Grundvergütung 2007 gegenüber 2006.
Quelle: WSI-Tarifarchiv, Stand: 31.12.2007

Tarifsteigerung mit 3,4% im Bereich des Investitionsgütergewerbes aus, gefolgt vom Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe mit 2,6%. Am niedrigsten lag die Steigerung im Bereich Gebietskörperschaften, Sozialversicherung mit 0,6%. Ebenfalls relativ niedrig sind die Werte für den Bereich Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck (1,4%) sowie den Bereich Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft (1,7%).

Der Stand der tariflichen *Lohnangleichung* an das Westniveau kann an der Entwicklung der tariflichen *Grundvergütung* festgemacht werden. Für den Stichtag 31. Dezember 2007 errechnet sich ein *durchschnittliches Tarifniveau von 95,2%*. Damit ergibt sich *gesamtwirtschaftlich* lediglich ein minimaler Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 0,1%. In einzelnen Branchen konnte eine geringfügige Angleichung erreicht werden, z.B. in der chemischen Industrie und bei den Kommunen. Das Tempo der tariflichen Anpassung ist seit Jahren sehr gering ausgefallen.

Tabelle 2: Tarifniveau Ost/West in %

2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
91,9	92,3	92,8	93,4	94,0	94,6	95,1	95,2

Quelle: WSI-Tarifarchiv, Stand: 31.12.2007

Tarif-, Effektiv- und Reallohnentwicklung

Die durchschnittliche jahresbezogene Tarifsteigerung 2007 von 2,2% entsprach exakt dem Anstieg der Lebenshaltungskosten. Real blieben die *tariflichen Vergütungen* im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt also unverändert. Ihr Anstieg blieb aber (erneut) hinter dem zurück, was der *kostenneutrale Verteilungsspielraum* aus Preissteigerung (+2,2%) und Produktivitätszuwachs (+0,8%) ermöglicht hätte.

Betrachtet man die *Effektiveinkommensentwicklung* in Gesamtdeutschland, so ergibt sich ein noch ungünstigeres Bild (Statistisches Bundesamt 2008): Die Summe der *Bruttolöhne und -gehälter* stieg 2007 um 3,1%. Je beschäftigte/n Arbeitnehmer/in ergibt sich ein *Anstieg um 1,3%*, je Arbeitnehmerstunde 1,2%. Dies bedeutet, dass die Reallöhne 2007 zum vierten Mal in Folge gesunken sind.

Tariflose Zustände

Nach wie vor haben die Gewerkschaften in einer Reihe von Branchen und Tarifbereichen Probleme, auslaufende Tarifverträge nahtlos durch Anschlussstarifverträge zu ersetzen. Ein prominentes Beispiel für die aktuellen Schwierigkeiten ist der Einzelhandel. In dieser mit zwei Millionen Beschäftigten großen Branche verhandelt ver.di seit dem Frühjahr 2007 ohne Erfolg über neue Vergütungstarifverträge. Die Arbeitgeber hatten bereits zuvor die Manteltarifverträge gekündigt und forderten angesichts der veränderten Ladenöffnungszeiten die Streichung bzw. drastische Reduzierung der Spätarbeitszuschläge. Trotz zahlreicher Protestaktionen, Warnstreiks und regulärer Arbeitskampfmaßnahmen ist bis heute ein neuer Tarifvertrag nicht zustande gekommen.

Nimmt man alle Bereiche ohne aktuell gültige (Lohn- und Gehalts-) Tarifverträge in den Blick, ergibt sich folgendes Bild:

- Betroffen sind überwiegend gewerkschaftlich schwach erschlossene Bereiche aus kleinbetrieblich strukturierten Handwerks- und Dienstleistungssektoren, z.B. im Nahrungsmittelhandwerk, Metallhandwerk, Hotel- und Gaststättengewerbe, privates Verkehrsgewerbe.
- In einigen Bereichen, vor allem im Osten, bestehen die tariflosen Zustände bereits seit mehreren Jahren.
- Trotz des konjunkturellen Aufschwungs starten die Arbeitgeber in einigen Bereichen neue Versuche, ganz aus dem Tarifsystem auszuweichen, so z.B. im Kfz-Gewerbe.

Allerdings gibt es auch positive Zeichen. So konnte die Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Gaststätten im vergangenen Jahr für die rund 60.000 Beschäftigten in der Systemgastronomie erstmals seit 2001 wieder einen Entgelttarifvertrag abschließen und damit eine große Lücke in der Tariflandschaft schließen. Neuabschlüsse gelangen nach langer Pause u.a. auch in einzelnen Regionen der Bereiche Erwerbsgartenbau, Elektrohandwerk, Nahrungsmittelhandwerk und Verkehrsgewerbe.

Konflikt bei der Deutschen Bahn AG

Der Konflikt bei der Deutschen Bahn AG hatte eine tarifpolitische, aber mindestens in gleichem Maße auch organisationspolitische Bedeutung. Bereits seit Jahren hatte die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer

(GDL) darauf hingearbeitet, die Interessen ihrer Mitglieder unabhängig von den beiden anderen Bahngewerkschaften Transnet und GDBA als eigenständige Tarifvertragspartei zu vertreten. Nach einem gescheiterten Versuch im Jahr 2003 nutzte sie im vergangenen Jahr – von langer Hand geplant – ihre Chance, lehnte den von Transnet und GDBA ausgehandelten Tarifvertrag ab und stellte ihre eigenen, sehr viel weiterreichenden Forderungen auf. Im Kern ging es ihr dabei zum einen um einen eigenständigen, vom sonstigen Tarifwerk des Unternehmens unabhängigen Tarifvertrag für das Fahrpersonal (Lokführer und Zugbegleitpersonal) und zum andern um eine deutliche materielle Besserstellung insbesondere der Lokführer.

Transnet/GDBA-Forderung und Abschluss

Nach einer sehr umfangreichen Mitgliederdiskussion forderte die Tarifgemeinschaft von Transnet und GDBA im März eine Anhebung der Entgelte und Ausbildungsvergütungen um 7%, mindestens 150 Euro, und stellte damit die höchste Forderung der Tarifrunde auf. Der Tarifvertrag lief zum 30. Juni aus. Die Verhandlungen zu einem neuen Entgeltsystem, die bereits seit Jahresbeginn liefen, setzte Transnet aus, weil die Deutsche Bahn AG sie mit der laufenden Entgeltrunde verknüpfen wollte. Die Verhandlungen zur Einkommensrunde begannen am Mitte Juni in Berlin. Transnet brach sie nach der dritten Runde ab und rief Anfang Juli zu Warnstreiks. auf. Nach weiteren drei Verhandlungsrunden konnte am 9. Juli folgendes *Ergebnis* erzielt werden:

- Einmalzahlung für die Monate Juli bis Dezember in Höhe von 600 Euro,
- Erhöhung der Entgelte von 4,5% ab 1. Januar 2008,
- Laufzeit bis zum 31. Januar 2009.

Die bereits beim Abschluss im Jahr 2005 vereinbarte Tarifierhöhung von 1,9% zum 30.6.2007 wurde maximal bis zum Abschluss einer neuen Entgeltstruktur bzw. bis zum Laufzeitende im Januar 2009 ausgesetzt. Stattdessen erhalten die Beschäftigten bis dahin eine monatliche Pauschalzahlung von 50 Euro.

Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL): Kampf um eigenständigen Tarifvertrag

Die GDL hatte sich weder die Forderung von Transnet/GDBA zu eigen gemacht, noch an den Verhandlungen teilgenommen. Ebenfalls im März 2007 legte sie der Deutschen Bahn AG ihren Forderungskatalog für einen *Fahrpersonaltarifvertrag* vor. Er beinhaltete u.a. ein Einstiegsgehalt für Lokführer in Höhe von 2.500 Euro brutto, rund 600 Euro mehr als bis dahin gezahlt wurden, sowie zahlreiche Verbesserungen bei der Arbeitszeit.

Bei der Entgeltberechnung sollen die Berufserfahrung der Mitarbeiter und die Dauer der Unternehmenszugehörigkeit eine weitaus stärkere Beachtung finden als dies bislang der Fall war. Dadurch sollte ein Endgehalt von knapp 3.000 Euro ermöglicht werden. Die Deutsche Bahn lehnte es grundsätzlich ab, Tarifverträge abzuschließen, die für einzelne Mitarbeitergruppen zu unterschiedlichen Tarifregelungen führen könnten. Die GDL führte nach Ablauf der Friedenspflicht Anfang Juli regionale Warnstreiks durch, die in letzter Minute am 10.7. vom Mainzer und Düsseldorfer Arbeitsgericht untersagt wurden. In einer Urabstimmung sprachen sich 95,8% der Lokführer in der GDL für Streik aus. In einem Eilverfahren verhängte das vom Arbeitgeber angerufene Arbeitsgericht Nürnberg am 8. August ein bundesweites Streikverbot gegen die GDL, was auf heftigen Protest nicht nur dieser, sondern auch der DGB-Gewerkschaften sowie zahlreicher Arbeitsrechtler unterschiedlicher Provenienz stieß. In einem Vergleich erklärte sich die GDL zu einem befristeten Streikverzicht bereit.

Nach zweiwöchigen *Moderationsgesprächen* unter Leitung der CDU-Politiker Kurt Biedenkopf und Heiner Geißler einigten sich die Parteien am 28. August auf ein Verfahren der Problemlösung. Es sah einen befristeten Streikverzicht und parallele Tarifverhandlungen zwischen der Deutschen Bahn und der GDL einerseits und den anderen beiden Gewerkschaften Transnet und GDBA andererseits vor. Ziel waren »konflikt- und widerspruchsfreie« Ergebnisse für den gesamten Konzern.

Dieses Verfahren scheiterte, sodass die GDL am 5. Oktober zu Streiks im Nahverkehr aufrief, nachdem das Arbeitsgericht Chemnitz Arbeitsniederlegungen im Fern- und Güterverkehr aus Gründen der Verhältnismäßigkeit untersagt hatte. Weitere Streiks folgten am 12.10. Am 15.10. legte die Bahn ein neues Angebot vor, das von der GDL als »in

jedem Fall unzureichend« beurteilt wurde. Es folgten – nach Aufhebung des Streikverbots durch das Landesarbeitsgericht Chemnitz – mehrere Streikwellen bis Mitte November in zahlreichen Städten im gesamten Bundesgebiet.

Unterdessen führten Transnet/GDBA ihre zwischenzeitlich wieder aufgenommenen Verhandlungen für einen neuen *Entgelttrahmentarifvertrag* weiter und einigten sich am 29. November auf ein Zwischenergebnis: Danach werden den Beschäftigten bis Ende 2010 Einkommenssteigerungen von individuell mindestens 10% garantiert. Die Einkommenssteigerungen der Einkommensrunden werden dabei angerechnet. Für die Einführung der neuen Entgeltstruktur wird ein Volumen von 4% der Lohn- und Gehaltssumme des Jahres 2007 bereitgestellt. Das Tarifvertragswerk soll aus einem funktionsübergreifenden Basistarifvertrag und sechs funktionspezifischen Tarifverträgen bestehen. In letzteren sollen die spezifischen Arbeitszeit- und Entgeltregelungen für die jeweiligen Tätigkeiten/Tätigkeitsgruppen geregelt werden.

Es folgten zahlreiche Gespräche zwischen GDL und Deutscher Bahn, die von ständigem Scheitern bedroht waren und nur durch mehrere Spitzengespräche unter Einschaltung von Bundesverkehrsminister Tiefensee in Gang gehalten wurden. Am 12. Januar 2008 einigten sich Bahnchef Mehdorn und GDL-Vorsitzender Schell nach massivem politischen Druck auf folgende *Eckpunkte* für die Lokführer:

- eine Einmalzahlung von 800 Euro für den Zeitraum vom 1.7.2007 bis 29.2.2008,
- eine Entgeltvolumenerhöhung um 8% ab 1.3.2008 und
- nochmals um 3 auf dann 11% vom 1.9.2008 bis zum 1.2.2009.

Ab 1.2.2009 soll sich die wöchentliche Arbeitszeit auf dann 40 Stunden bei gleichem Entgelt verringern. Zusätzlich soll eine neue Entgeltstruktur für Lokomotivführer eingeführt werden, die die Berufserfahrung und die Qualifikationen berücksichtigt. Alle Lokomotivführer sollen am 1.3.2008 in diese neue Entgeltstruktur überführt werden. Dadurch soll die Spannweite der jeweiligen individuellen Lohnerhöhungen der Lokomotivführer zwischen 7 und 15% liegen. Die Details wurden bis Ende Januar 2008 ausverhandelt. Offen war bis zum Schluss, wie diese Einigung zu den Ergebnissen der laufenden Entgeltstrukturverhandlungen von Transnet/GDBA passt und ob sie sich »widerspruchsfrei« in das bestehende Tarifwerk einfügt.

Auch die tarifpolitischen und -rechtlichen Konsequenzen der verschiedenen Verfahren vor den Arbeitsgerichten sind noch nicht absehbar. So hat die Deutsche Bahn AG am 24.12.2007 »pro forma« Verfassungsbeschwerde gegen die Aufhebung des Streikverbots durch das LAG Chemnitz eingelegt. Überdies wird möglicherweise auch die (rechts-)politische Diskussion über eine mögliche Begrenzung des Streikrechts weiter anhalten.

Regulierung des Niedriglohnssektors

Nach monatelangen Kontroversen einigte sich die Große Koalition im Juni 2007 auf ihrer Kabinettsklausur in Meseberg auf einen Minimalkompromiss in Sachen Mindestlohn. Künftig soll das Arbeitnehmer-Entsendegesetz auf die Branchen ausgedehnt werden, in denen mindestens 50% der Beschäftigten tarifgebunden sind. Anträge können von den Tarifparteien der interessierten Branchen bis Ende März 2008 gestellt werden.

Für alle Bereiche, die die Voraussetzung zur Anwendung des Entsendegesetzes nicht erfüllen oder für die es überhaupt keine tariflichen Regelungen gibt, soll ein Mindestlohn auf der Grundlage des zu modernisierenden Mindestarbeitsbedingungengesetzes von 1952 festgesetzt werden können. Dies bedeutet, dass für jeden einzelnen Wirtschaftszweig jeweils ein gesondertes Verfahren geführt werden muss. Anfang Januar 2008 legte Bundesarbeitsminister Scholz die Referentenentwürfe zur Novellierung des Arbeitnehmerentsendegesetzes und des Mindestarbeitsbedingungengesetzes vor.

Praktische Fortschritte gab es vor allem im Bereich des Arbeitnehmerentsendegesetzes:

- Das *Gebäudereinigerhandwerk* wurde in das Entsendegesetz aufgenommen. Die Tarifparteien einigten sich auf einen tarifvertraglichen Mindestlohn in Höhe von 7,87 Euro im Westen und 6,36 Euro im Osten, der zum 1. Juli 2007 in Kraft trat.
- Im *Elektrohandwerk* (Montage) verständigten sich die Tarifparteien erstmals seit 2003 wieder auf einen tariflichen Mindestlohn und zwar in Höhe von 9,20 Euro im Westen und 7,70 Euro im Osten, der zum 1.9.2007 in Kraft trat und zum Jahresbeginn 2008 auf 9,40 bzw. 7,90 Euro steigt.

- Für den Bereich der *Briefdienstleistungen* schloss ver.di einen Mindestlohntarifvertrag ab, der für Briefzusteller einen Mindestlohn von 9,80 bzw. 9,00 Euro (West bzw. Ost) und für andere Tätigkeiten mindestens 8,40 bzw. 8,00 Euro vorsieht. Nach heftigen politischen Kontroversen innerhalb der Großen Koalition und mit den neuen privaten Briefdienstleistern (PIN AG, TNT) wurde dieser tarifliche Mindestlohn zum 1. Januar 2008 für allgemeinverbindlich erklärt.
- Auch für den Bereich *Industrielle textile Dienste* (Großwäschereien) konnte die IG Metall im Oktober einen Mindestlohntarifvertrag abschließen mit einem Tarifniveau von 9,02 Euro im Westen und 7,83 Euro im Osten. Der Bereich ist allerdings noch nicht in den Geltungsbereich des Entsendegesetzes aufgenommen.

Seit längerer Zeit bestehen Mindestlöhne nach dem Entsendegesetz in den Bereichen Abbruchgewerbe, Bauhauptgewerbe, Dachdeckerhandwerk sowie Maler- und Lackiererhandwerk. Zu den Branchen, die ebenfalls an entsprechenden Regelungen interessiert sind, zählen u.a. die Entsorgungswirtschaft, das Wach- und Sicherheitsgewerbe und das Friseurgewerbe. Insgesamt ist der mögliche Anwendungsbereich des Entsendegesetzes begrenzt, denn Grundvoraussetzung ist, dass sich die Tarifparteien überhaupt auf einen tariflichen Mindestlohn verständigen. Zudem muss die Tarifbindung der bestehenden Tarifverträge bei mindestens 50% liegen und die betroffene Branche muss auch räumlich flächendeckend erfasst werden.

Tarifrunde 2008: größere Risiken und Erwartungen

Die Tarifrunde 2008 steht einerseits unter dem hohen Erwartungsdruck der Beschäftigten, nach Jahren der Umverteilung zugunsten der Gewinn- und Vermögenseinkommen endlich spürbare reale Einkommensvereinbarungen zu erhalten.

Andererseits werfen die größer werdenden Risiken für die Weltkonjunktur (Finanzkrise, fallender Dollar, steigende Rohstoffpreise) ihre Schatten. Zwar räumen auch Mainstream-Ökonomen die Notwendigkeit steigender Binnennachfrage zur Stabilisierung der Konjunktur ein, erhoffen diese aber im Wesentlichen aus dem steigenden Beschäftigungsniveau sowie aus einer tendenziell sinkenden Steuer- und Abgabenlast. Sie

fordern daher eine Begrenzung des Tariflohnanstiegs sowie eine weitere Konsolidierung der öffentlichen Haushalte.

Die ersten Verhandlungen in den verschiedenen Tarifbereichen verdeutlichen das große Konfliktpotenzial. Insbesondere im öffentlichen Dienst (Bund, Kommunen) könnte sich ein Großkonflikt entwickeln. Seit dem Abschluss des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst (TVöD) im Jahr 2005 hat es für die Beschäftigten des Bundes und der Kommunen keine tabellenwirksamen Erhöhungen mehr gegeben, stattdessen wurden Pauschalzahlungen geleistet, die den öffentlichen Dienst von den übrigen Tarifbereichen weiter abkoppelte. Die öffentlichen Arbeitgeber machten früh klar, dass die generelle Verlängerung der tariflichen Wochenarbeitszeit auf 40 Stunden die Vorbedingung für Entgelterhöhungen sei. Dies war denn auch Gegenstand ihres ersten Angebots von Ende Januar 2008. Die Arbeitszeitfrage wird also im Zentrum des Tarifkonflikts des öffentlichen Dienstes stehen, nachdem bereits im Jahr 2006 in den Ländern und Kommunen Arbeitskämpfe um diese Frage geführt worden sind.

Günstiger sieht es in denjenigen Wirtschaftszweigen aus, die (noch) vom Exportboom des schwächer werdenden Aufschwungs profitieren. In der Stahlindustrie hält die Branchenkonjunktur an und auch in der chemischen Industrie sind die Rahmendaten positiv. In der Stahlbranche fordert die IG Metall über die Lohnerhöhung hinaus kürzere Arbeitszeiten für die älteren Beschäftigten. Schwieriger wird es – wie bislang schon – in den binnenmarktorientierten Sektoren. Dort fallen auch die Tarifforderungen der Gewerkschaften niedriger aus. Im Einzelhandel steht immer noch ein Abschluss der seit dem Frühjahr 2007 laufenden Verhandlungen aus. In manchen Bereichen geht es ganz generell um die Stabilisierung des Tarifsystems: So haben im Kfz-Gewerbe die Arbeitgeber-Verbände in Bayern und Baden-Württemberg die Tarifverträge gekündigt und wollen keine neuen Verträge mehr abschließen.

Im Herbst stehen die Verhandlungen in der Metallindustrie an. Dort wird es nicht nur um Lohnforderungen gehen. Die IG Metall will auch – ähnlich wie die IG BCE in der chemischen Industrie – Nachfolgeregelungen für die auslaufenden Altersteilzeitbestimmungen verhandeln. In der Metallindustrie könnten auch die Tarifbestimmungen zur Wochenarbeitszeit ein Thema werden. Sie sind kündbar und die Metallarbeitgeber haben bereits weiteren Flexibilisierungs- und Verlängerungsbedarf angemeldet.

Literatur

- Bispinck, R./WSI-Tarifarchiv (2007), Tarifpolitischer Halbjahresbericht: Zwischenbilanz der Lohn- und Gehaltsrunde 2007, in: WSI-Mitteilungen 7, S. 351-357.
- Burkhard, Oliver (2008): Tarifrunde Metall- und Elektroindustrie 2007 – eine Bilanz, in: R. Bispinck (Hrsg.), Verteilungskämpfe und Modernisierung. Aktuelle Entwicklungen in der Tarifpolitik, Hamburg.
- Ehlscheid, Ch./Urban, H.-J. (2007): Ein Schritt auf dem Weg aus der Defensive – Zur Tarifrunde 2007 in der Metall- und Elektroindustrie, in: WSI-Mitteilungen 7, S. 398-403.
- Förster, G. (2008): Tarifrunde 2007 in der chemischen Industrie, in: R. Bispinck (Hrsg.), Verteilungskämpfe und Modernisierung. Aktuelle Entwicklungen in der Tarifpolitik, Hamburg.
- Harnack, A. (2008): Tarifrunde 2007 im Bauhauptgewerbe: Arbeitskampf um Lohnerhöhung und Flächentarifvertrag, in: R. Bispinck (Hrsg.), Verteilungskämpfe und Modernisierung. Aktuelle Entwicklungen in der Tarifpolitik, Hamburg.
- Schröder, L. (2007): Der Tarifkonflikt bei der Deutschen Telekom AG, in: WSI-Mitteilungen 9, S. 515-518.
- Wiedemuth, J. (2008): Verteidigungskämpfe und die Nachwehen moderater Lohnpolitik. Die Tarifbewegungen 2007/2008 bei ver.di. in: R. Bispinck (Hrsg.), Verteilungskämpfe und Modernisierung. Aktuelle Entwicklungen in der Tarifpolitik, Hamburg.